

Gemeinsam arbeiten, gemeinsam kämpfen!

Hände weg von der Arbeitslosenhilfe!

Das geht alle an!

Erwerbslose wie Beschäftigte müssen sich darauf einstellen, dass nach der Bundestagswahl das bestehende System der Arbeitslosenversicherung zertrümmert wird – gleich wie die Wahl ausgeht.

In Deutschland fehlen 5,8 Millionen Arbeitsplätze, und jährlich werden weiter Zehntausende entlassen. Aber die öffentliche Debatte über Erwerbslosigkeit dreht sich nicht darum, wie neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, sondern darum, wie Arbeit »billiger« gemacht wird.

Gewerkschaften haben oft genug darauf hingewiesen, was dann passiert: Tariflich und sozial abgesicherte Arbeitsplätze werden in befristete und schlecht bezahlte verwandelt. Die gerade entlassene Datentypistin darf sich dann wieder auf ihre alte Stelle bewerben, nur dass sie diesmal den Vertrag mit der Leiharbeitsfirma hat, die für dieselbe Arbeit ein Drittel weniger zahlt.

Armut trotz Arbeit wird das gemeinsame Schicksal derer, die heute erwerbslos sind, und derer, die es morgen werden.

Arbeitgeberverbände und »Ökonomen« klagen über »zu hohe Löhne und Sozialkosten«. Wir fragen: Können wir uns eine Gesellschaft leisten, in der Menschen von ihrer Arbeit nicht mehr leben können?

Wie kann die Arbeit zu teuer sein, wenn der gesellschaftliche Reichtum Jahr um Jahr zunimmt? Hat es vielleicht damit zu tun, dass ein wachsender Teil dieses Reichtums den ohnehin Wohlhabenden zugeschoben wird?

Die geplante Aufhebung aller Beschränkungen für Leiharbeit, die Privatisierung der Arbeitsvermittlung und die Einführung eines Arbeitszwangs spricht allem Hohn, wofür Gewerkschaften bisher eingetreten sind:

- **Kein Niedriglohnsektor!**
- **Erhalt der Bundesanstalt für Arbeit als öffentliches und selbstverwaltetes Unternehmen!**
- **Nicht die Arbeitslosen sind schuld: Wirtschaft und Politik sind verantwortlich für die Bereitstellung existenzsichernder Dauerarbeitsplätze!**

Eine andere Arbeitswelt ist möglich!

Dafür demonstrieren wir am

14. September in KÖLN

11 Uhr, Kundgebung am Friesenplatz

(eine eigenständige Kundgebung zum Thema Arbeit und Arbeitslosigkeit im Rahmen des gemeinsamen Aktionstags von Attac und Gewerkschaftsjugend)

Wir demonstrieren ...

... **gegen** alle Versuche, die Arbeitslosenhilfe in ihrer bestehenden Form abzuschaffen.

Es gibt mittlerweile sehr viele Vorschläge, wie die Arbeitslosenhilfe faktisch abgeschafft werden soll – sie reichen von der einfachen Streichung bis zu ihrer Absenkung auf eine nicht definierte »Höhe oberhalb der Sozialhilfe« und strikte Bindung an die »Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt«.

Was macht eine alleinstehende Frau mit Kind, die einen Arbeitsplatz angeboten bekommt, aber keinen Betreuungsplatz für ihr Kind? Nach den neuesten Vorschlägen bekommt sie nur noch Sozialhilfe. Staatliche Unterstützung wird auf das absolute Existenzminimum reduziert.

... **gegen** die Einführung neuer Strafen, um Erwerbslose zu zwingen, selbst die miesesten Billigjob-Angebote anzunehmen.

Ohne empfindliche Nachteile zu erleiden (Sperrzeiten), sollen Arbeitslose künftig nur dann ein Jobangebot ablehnen dürfen, wenn sie dem Arbeitsamt beweisen können, dass die Arbeitsbedingungen oder die Entlohnung unzumutbar schlecht sind. Dazu werden sie in der Praxis kaum in der Lage sein; eine solche Umkehrung der Beweislast widerspricht deshalb auch allen rechtsstaatlichen Prinzipien. Hinzu kommt, dass Widerspruch gegen Leistungskürzungen keine aufschiebende Wirkung mehr haben soll!

... **gegen** die Umwandlung von Arbeitsämtern in Leiharbeitsfirmen (z. B. durch Einführung von »Personal-Service-Agenturen«).

Arbeitslose Fachkräfte sollen verpflichtet werden, sich billig, gar kostenlos als Tage- oder Wochenlöhner an Betriebe und Büros ausleihen zu lassen. Entlohnt werden sie vom Arbeitsamt zunächst mit dem Arbeitslosengeld, nach der Probezeit zum Leiharbeitstarif, der wie bei allen Zeitarbeitsfirmen durchschnittlich um 20–30 Prozent unter dem normalen Tarif liegt. Wer sich weigert, dem wird das Arbeitslosengeld gekürzt. Es liegt im Ermessen der Unternehmen, ob sie die Betroffenen in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis übernehmen. Im Klartext: Viele Erwerbslose werden ewig zwischen Leihfirma und Arbeitslosigkeit pendeln.

... **gegen** den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit in ein privatwirtschaftliches Unternehmen. Keine Teilprivatisierungen und Ausgliederungen! Die Tarifverträge der BAT-Beschäftigten dürfen nicht angetastet werden!

■ **Für** die Rücknahme aller Leistungskürzungen und eine unbefristete Arbeitslosenhilfe, die durch einen bedarfsorientierten Mindestbetrag – z. B. einem monatlichen »Existenzgeld« von 800 Euro zzgl. Warmmiete – für Geringverdienende armutsfest zu machen ist.

■ **Für** die Schaffung zusätzlicher, tariflich und sozial abgesicherter Arbeitsplätze durch die Einschränkung von Überstunden und die Verkürzung der Arbeitszeit bei existenzsichernder Entlohnung.

■ **Für** die Finanzierung von zusätzlichen Arbeitsplätzen zur Erfüllung von gesellschaftlich sinnvollen und notwendigen Aufgaben – durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer und der Besteuerung von Gewinnen aus dem Verkauf von Kapitalvermögen.

Runder Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen

Provisorische E-Mail: angela.klein@gmx.de. Betreff: Runder Tisch 14. 9.

V. i. S. d. P.: Angela Klein, c/o SoZ-Verlag, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln